
Letzte Chance für Rheinberg und den Annaberg

Politiker mobilisieren!!!

Liebe Mitbürgerinnen und -bürger!

Die Artikel in Spiegel, Bild und taz haben gezeigt, dass die Öffentlichkeit in Deutschland für die Gefahren des Bergbaus sensibilisiert ist. Da müssen wir alle jetzt nachlegen. Nur wenn der Protest noch massiver bei den verantwortlichen Politikern ankommt, kann unter Umständen erreicht werden, dass das Bergwerk West unter den nächsten zu schließenden Bergwerken ist.

Die Entscheidung darüber fällt in diesen Tagen und Wochen. Im Mai muss die DSK die zu schließenden Bergwerke benennen. Deshalb gilt es, jetzt im Rahmen unserer Möglichkeiten zu handeln.

In der Bürgerversammlung in Alspray hat die DSK wieder deutlich gemacht, dass sie über die Sorgen der Bürger hinweg geht, mit Verschleierungen die Dramatik des Geschehens verharmlost („Erscheinungen“ statt „katastrophale Erdschläge“) und mit der Erstellung von Gutachten die Menschen vertröstet.

Aus den Betriebsplänen wird auch deutlich, dass auch der **Rheinberger Stadtkern** nicht von Einwirkungen des Bergbaus verschont bleiben wird!

Leserbriefe erforderlich!

Schreiben Sie deshalb jetzt – sozusagen in letzter Minute – an die Zeitungen, um zu zeigen, dass Sie sich in Ihrer Lebensperspektive betroffen fühlen und schreiben Sie an Politiker, um denen deutlich zu machen, dass sie Verantwortung für die Menschen hier am Niederrhein tragen und nicht nur für einige Bergleute!

Argumentieren Sie zum Beispiel, dass Sie

- sich von Hochwassergefahren bedroht fühlen;
- nicht akzeptieren wollen, dass Mitarbeiter der DSK mit 52 und früher auf Kosten der Steuerzahler in Rente gehen dürfen, während normale Angestellte und Arbeiter immer länger arbeiten sollen;
- keine Subventionen für 40000 Bergleute (zur Zeit ca. 3 Mrd €/Jahr) wollen, wenn gleichzeitig Ausgaben für Bildung und Soziales gekürzt werden;
- nicht wollen, dass heute mit viel Geld Schäden angerichtet werden, für die anschließend unsere Kinder und Enkel ewig bezahlen müssen, wenn der Niederrhein nicht im Grund- und Regenwasser absaufen soll;
- nicht länger gewillt sind hinzunehmen, dass Sie für eine unsinnige Weiterführung eines absterbenden Wirtschaftszweiges über Jahrzehnte hinweg körperlich und finanziell geschädigt werden;

Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener (SGB) Rheinberg e.V.

Hubert-Underberg-Allee 1 47495 Rheinberg Telefon: 02843-920498 Telefax: 02843-920441

- nicht einsehen können, dass in jedem Industriezweig 35jährige Arbeitnehmer entlassen werden können, nur bei der Deutschen Steinkohle AG bei solch einem Vorgehen der Weltuntergang beschworen wird;

-

Hier nun ein paar mögliche Anschriften:

Zeitungsredaktionen		
Spiegel Verlag Brandstwiete 19 20457 Hamburg email: leserbrief@spiegel.de	taz, die tageszeitung Postfach 610229 10923 Berlin email:recherche@taz.de	Axel Springer AG- DIE WELT - Axel-Springer-Straße 65 D - 10888 Berlin hamburg@welt.de
NRZ Moers Homberger Str. 4 c.friemond@nrz.de	WAZ Kamperstr. 5-9; Rheinberg lok.rheinberg@nrzwaz.de	Rheinische Post Orsoyer Str. 6; Rheinberg redaktion.niederrhein@rheinische- post.de

Alle Abgeordneten des Landtages erreichen Sie unter der Postanschrift
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf (siehe auch www.landtag.nrw.de)

Edgar Moron Fraktionsvorsitz SPD.: edgar.moron@landtag.nrw.de	Dr. Helmut Linssen Fraktionsvorsitz CDU helmut.linssen@landtag.nrw.de	Reiner Priggen „Grüne“ Energiepolitischer Sprecher reiner.priggen@landtag.nrw.de
---	--	---

Die Landesregierung erreicht man unter der Adresse: Stadttor 1, 40190 Düsseldorf

Peer Steinbrück, Ministerpräsident poststelle@stk.nrw.de	Jochen Dieckmann, Finanzminister poststelle@fm.nrw.de	Dr. Fritz Behrens, Innenminister poststelle@im.nrw.de
Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt poststelle@munlv.nrw.de	Dr. Axel Horstmann Minister für Energie, Verkehr poststelle@mvel.nrw.de	Wolfram Kuschke (Staatskanzlei) poststelle@stk.nrw.de

Die Bundesregierung erreicht man unter der Adresse: 11044 Berlin (ohne weitere Angaben)

Gerhard Schröder, Bundeskanzler	Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Arbeit	Hans Eichel, Minister für Finanzen
------------------------------------	--	---------------------------------------

**Schreiben Sie noch heute,
jeder Tag kann wichtig sein!**

Hier nun ein paar Textstellen, die Sie für Ihre Briefe benutzen können:

An ihre Beschlüsse zur Reduzierung der Landesmittel für den Bergbau sollte sich die SPD halten, auch wenn sie sich gegen ihre "treuesten Vasallen" die Kohle-Kumpel richten. Im "Düsseldorfer Signal" wurde eine Reduzierung der Landes-Subventionen für die Kohle festgelegt, jetzt will die SPD sie kaum noch wahr haben. Da sollen wohl die Schulen, Beamten usw. noch mehr geknechtet werden, damit der Ausfall des Bundes kompensiert werden kann. Und wieso sich zwei Partner über einen gemeinsam gefassten Beschluss streiten können, ist sowieso rätselhaft. Oder hat da jemand die Rechnung ohne die "scharze Fraktion" gemacht??? Dabei braucht die DSK das Geld gar nicht in dem Maße. Schon jetzt "bunkern" sie ca. 750 Millionen Euro, die sie dem Lande großzügig als "Darlehen" überlassen haben, um sie dann später, wenn womöglich politisch ein Ende des Bergbaus gewollt ist, triumphierend wieder aus der Tasche zu ziehen: Ätsch, wir haben doch noch was!! In jedem anderen Industriezweig verfallen nicht abgeforderte Subventionen, aber nein, die DSK ist eben kein normaler Industriezweig, sie garantiert ja angeblich die nationale Energie, obwohl sie nur 4% der Energie liefert und niemals in der Lage ist, in Notzeiten kurzfristig mehr Energie zu liefern!

Kohle für wen, von wem?

Die Verteidiger der Kohlesubventionen, allen voran RAG Chef Müller, sprechen so gerne von der Energiesicherheit, die wir uns leisten sollen und die uns doch einiges Wert sein sollte. Das mag ja auf den ersten Blick ein richtiges Argument sein, was man akzeptieren könnte. Nur: wer leistet sich das eigentlich? Sind "wir" wirklich bereit, dafür auf etwas anderes zu verzichten, womöglich einen Teil unseres Wohlstandes dafür zu opfern? Oder geht es nicht nur darum, dass die Kohleverteidiger noch mal mehr auf Kosten unserer Kinder ihren angestammten Besitz mehren wollen? Die Subventionen müssen vollständig durch eine zusätzliche Verschuldung aufgebracht werden. Darüber hinaus müssen auch die Folgekosten vollständig von unseren Nachkommen aufgebracht werden und das - wie bekannt - auf alle Ewigkeit hin. Das bedeutet: Unsere Kinder und Enkel und Urenkel müssen nicht nur dafür bezahlen, dass wir hier uns zu 200% subventionierte Arbeitsplätze leisten, sie müssen auch noch dafür aufkommen, das wir ihnen die Landschaft ruiniert haben und ein normales Leben ohne Vorsorgemaßnahmen am Niederrhein unmöglich geworden ist.

Da sind doch die Argumente der Kohlefraktion ziemlich fadenscheinig! Und der Vergleich mit den erneuerbaren Energien hinkt dann noch mehr: hier werden die "öffentlichen" Gelder durch den Verbraucher aufgebracht. Zudem könnte man ein Windrad wieder abbauen und das wäre es dann! Wer aber kann schon den halben Niederrhein wieder um 5m -10m anheben, damit hier nichts passieren kann!

Wie heißt der dumme Spruch "Nach uns die Sintflut", das ist dann schon ziemlich makaber!

Sehr geehrter Herr XY,

Ich appelliere hiermit an Ihre demokratische Verantwortung und möchte Sie dazu bewegen, Ihre Einstellung zur deutschen Kohlepolitik an die aktuellen Notwendigkeiten anzupassen. Vor dem Hintergrund leerer Kassen (Bund und Länder), geplanter Rentenkürzungen und Streichungen bei den Sozialleistungen ist es unverantwortlich und für die Bevölkerung nicht länger hinnehmbar, für die deutsche Steinkohle auch in Zukunft Subventionen in Milliardenhöhe zu zahlen. Die Politik macht sich unglaublich, wenn auf der einen Seite immer wieder lamentiert wird, die Renten seien nicht mehr bezahlbar, auf der anderen Seite jedoch jedes Jahr Milliarden in einen maroden Wirtschaftszweig gesteckt werden – für eine Kohle, die auf dem Weltmarkt weitaus kostengültiger zu beziehen ist (noch dazu über das gleiche (Mutter-)Unternehmen!).

Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener (SGB) Rheinberg e.V.

Hubert-Underberg-Allee 1

47495 Rheinberg

Telefon: 02843-920498

Telefax: 02843-920441

Mit unseren Steuergeldern, d.h. Subventionen in Milliardenhöhe, werden am Niederrhein Ewigkeitsschäden unvorstellbaren Ausmaßes verursacht, für die der Verursacher – nach dem Auslaufen der Kohleförderung in Deutschland, die nicht zu umgehen ist – dann nicht mehr haftbar gemacht werden kann, so dass die Folgekosten auf den einzelnen Bürger, die Kommunen, Länder und den Bund abgewälzt werden. Unsere Kinder und Enkelkinder müssen bis in alle Ewigkeit die Folgekosten, z.B. für Pumpmaßnahmen zur Verhinderung des „Absaufens“ der Niederterrassen des Rheines, zahlen. Dies ist mit der Nachhaltigkeitspolitik nicht vereinbar, deren Ziel es ist, „eine ausgewogene und gerechte Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen zu finden.“

Bergbau am Niederrhein ist nicht länger im Konsens mit der Bevölkerung möglich, da nicht nur das Bergwerk Walsum (Abbau unter dem Rhein und seinen Deichen), sondern vor allem auch das Bergwerk West enorme, nicht wieder gutzumachende Ewigkeitsschäden verursacht. Mit der vom Kreis Wesel und den Städten Rheinberg und Voerde verabschiedeten Resolution der Bürgerinitiativen zum Stopp des Kohleabbaus unter dem Rhein und seinen Niederterrassen fordere ich die Schließung der am wenigsten umweltverträglichen Bergwerke, und das sind die Bergwerke West (Kamp-Lintfort) und Walsum (Duisburg). Das Überflutungspotenzial ist schon jetzt am Rhein unvergleichbar höher als an der Elbe und ihren Zuflüssen und es bedarf großer Anstrengungen aller Rheinanliegerstaaten und der am Rhein liegenden Bundesländer, angesichts der zur Zeit schon feststellbaren Klimaänderungen, vorhandene Deiche zu sichern und Rückhalteräume zu schaffen, um auch zukünftig die Naturgewalt Wasser zu bändigen. Daher ist es mehr als widersinnig, dem Steinkohlenbergbau zu gestatten, diese Gefahren mutwillig zu erhöhen, indem einerseits die Deiche in ihrer Standsicherheit gefährdet werden (Bergwerk Walsum), andererseits durch Bergsenkungen weitere mögliche Überflutungsflächen zu schaffen und letzte Fluchtinseln für die Bevölkerung zu vernichten. Dass hierzu auch noch horrenden Steuersummen eingesetzt werden, ist nicht mehr vermittelbar.

Das Land NRW beschwört mit vordergründiger Arbeitsmarktpolitik und aus falsch verstandener Solidarität mit alten Kohle-Seilschaften weitere Gefahren für die Menschen am Niederrhein und zukünftige Generationen herauf. Gleichzeitig wird das Land selbstverständlich im Schadensfall die Solidargemeinschaft Bundesrepublik Deutschland in Anspruch nehmen wollen und den Bürgern in allen Bundesländern Kosten für verfehlte Politik aufbürden.

Dabei geht es nicht – wie an der Elbe – um die Folgen von Naturgewalten, für die sicherlich ein solidarisches Eintreten verständlich ist. Hier am Niederrhein geht es um die mutwillige Zerstörung natürlicher oder schon vorhandener Hochwasserschutzmaßnahmen zugunsten zukunftshinderlicher Arbeitsplätze und dafür tragen alle diejenigen Verantwortung, die Genehmigungen erteilen oder durch öffentliche Finanzmittel fördern!

Wenn der viel beschworene Energiesockel wirklich erforderlich sein sollte, so muss er durch Bergwerke gesichert werden, die nicht immensen volkswirtschaftlichen Schaden heraufbeschwören.

Setzen Sie sich für die Bürger am Niederrhein und für ihre eigenen Bürger ein, indem Sie die weitere Subventionierung der Steinkohle über das Jahr 2010 hinaus nicht unterstützen und bis 2010 eine weitere jährliche Rücknahme der Förderleistung verbunden mit der Schließung der gemeinschädlichsten Bergwerke (nämlich West und Walsum) fordern.

Der für das gesamte Land so wichtige Strukturwandel wird durch „Investitionen in die Vergangenheit“ erheblich gebremst – und das ist angesichts der schlechten Wirtschaftslage und der leeren Kassen nicht zu verantworten. Es muss vorwärts gehen, nicht zurück!
